

Das kann doch nicht alles sein¹

Thomas König

Die Studierendenproteste im Herbst 2009 haben die Hochschulen in den medialen Diskurs gebracht. Wie hat die begleitende öffentliche Debatte ausgesehen? Exemplarisch können wir uns ein Sample von 28 Beiträgen ansehen, die in der Laufzeit zwischen dem Ausbruch der Proteste Ende Oktober 2009 bis zur Räumung des besetzten Wiener Audimax als »Kommentare der anderen« in der Tageszeitung »Der Standard« erschienen sind. Dieses Forum bietet all jenen Raum ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, die glauben zum Thema etwas zu sagen zu haben.

Eine kleine Auszählung

Bei fünf Doppelzählungen meldeten sich hier zu Wort: 13 Mal HochschulprofessorInnen, je fünf Mal Bildungsexperten, Hochschulmanager (Rektoren, Uniräte, Präsidenten) und Studierende (inklusive DoktorandInnen), weiters zwei Lehrveranstaltungsleiter, sowie ein ehemaliger Wissenschaftsminister; drei Beiträge stammen von Personen, die hauptberuflich nicht mit einer Hochschule verbunden sind. Drei Autoren meldeten sich gleich zweimal zu Wort. Hingegen waren nur zwei Frauen unter den Beitragenden. Dass verhältnismäßig wenig Studierende im Sample sind, könnte wohl auch an den Weigerungen der Protestgruppe liegen, politische RepräsentantInnen zu ernennen.

Die Zusammensetzung dieses Querschnitts durch die mediale Kommentierung der Proteste erlaubt eine erste Schlussfolgerung: Offensichtlich handelt es sich hier um eine recht exklusive ExpertInnen-Debatte. Welche Themen wurden dabei als dringliche Punkte der Hochschulmisere aufgeworfen? Zunächst wurden vor allem die Proteste bzw. die Protestkultur besprochen (6 Beiträge), weiters die Studienbedingungen und die Bologna-Implementierung diskutiert (5) sowie die staatliche Umverteilungspolitik reflektiert (7). Zudem entwickelte sich auch eine Metadiskussion über die Frage, welche Hochschulmythen eigentlich die Hochschulpolitik beeinflussen (6). Nur in zwei Texten wurden die Strukturen der Hochschulen thematisiert.

Eine zweite Schlussfolgerung daraus lautet, dass die Auseinandersetzung mit der inneren Struktur der Universitäten jenen, die damit alltäglich zu tun haben, keine dringliche Angelegenheit zu sein scheint. Läuft an den Unis demnach alles prima? Ist alles nur eine Frage des Geldes, der Ausstattung und der Studienplanung? Dem kann ich mich nicht anschließen.

Strukturprobleme

Ich meine: Die mit der letzten Unireform etablierte Binnenstruktur der Universitäten ist unsachgemäß und für die Misere verantwortlich. Wir sollten aber schon an dieser Stelle unmissverständlich festhalten: Für Nostalgie ist kein Platz. Ganz

egal, nach welchem Organisationsregime die Hochschulen in der Zweiten Republik strukturiert waren: Top-Down-Strukturen haben seit jeher hinderlich auf die wissenschaftliche Innovationskraft gewirkt (1). Schon immer gab es auch ein Übermaß an Intransparenz (2). Und die Situation für NachwuchswissenschaftlerInnen wurde nicht erst seit 2002 schwierig (3). Doch der »entrepreneurial and managerial turn« in der Hochschulorganisation (Melchior 2004), der eine Verbesserung dieser Umstände herbeizuführen versprach, hat sie bloß prolongiert.

Ad 1: Den unmittelbaren Einflussbereich des Ministeriums in einer komplexen Wissenschaftslandschaft zu beschränken, war sicher richtig. Nur: Das Ministerium blieb bestehen, die Rektorate wurden zugleich aufgewertet. Daraus ergibt sich ein Mehr an Bürokratie, und das frisst nicht nur Ressourcen, sondern bestätigt auch eine alte Einsicht von Max Weber: Die Entfernung zwischen den Linienorganisationen als auch von den unteren Einheiten zu den Stabsorganisationen wächst, die gefühlte Ohnmacht des Handelns ebenfalls.

Ad 2: Die Einziehung einer neuen Entscheidungsebene hat nicht dazu geführt, dass das Ministerium weniger Einfluss hat; es besitzt diesen Einfluss nunmehr aber nur mehr vermittelt. Mit den in Leistungsvereinbarungen und Formelbudgets formalisierten Verfahren der Zusammenarbeit zwischen alter und neuer Entscheidungsebene wurde zugleich eine neue Qualität an Undurchsichtigkeit erreicht. Die wird auch an die unteren Ebenen weitergegeben: Da der Instanzenweg innerhalb der Unis nur mehr ein hierarchisches Gerippe darstellt, herrschen allerweil Unklarheit und unbestätigte Gerüchte.

Ad 3: Auch die völlige Liberalisierung des universitären Arbeitsmarktes (privatrechtliches Dienstrecht) hat das Gegenteil von dem bewirkt, was erzielt werden sollte, nämlich das Herausfiltern der »Besten«. Ich habe diese Auswirkung anderswo detailliert beschrieben (Koenig 2009); hier nur so viel: Gerade das Ziel der Liberalisierung, ist ins Negative umgeschlagen, Karrieremöglichkeiten werden systematisch unterbunden. Nachwuchsförderung war zwar noch nie eine Stärke der heimischen Unis; jetzt werden die Ambitionen ehrgeiziger Rektorate wie am internationalen Fußballermarkt befriedigt, indem man teure Prof(i)s aus dem Ausland einkauft.

Das große Schweigen

Das ostentative Schweigen zur Strukturmisere wirft zwei Fragen auf. Zunächst: Was verstellt den kritischen Geistern eigentlich den Blick aufs Wesentliche? Ich denke, dass zwei diskursiv mächtige Erklärungskonzepte dafür verantwortlich sind; das wird übrigens auch am Sample erkennbar. Das eine ist der Humboldt-Mythos. Dass dieser jeglicher historischer Grundlage entbehrt (Ash 2006), ändert nichts daran, dass das Appellieren an einen tiefschürfenden und zweckfreien Bildungsbegriff immer noch viele anzieht. Das Andere ist die Bildungsökonomie: Hier wird rational Kalkül gezogen, wie weit Österreich in Bezug auf OECD-AkademikerInnenquoten zurückliegt. Die implizite Gleichsetzung – und die Basis dieses Konzepts – lautet: mehr AkademikerInnen = wissenschaftliche Innovation = Wirtschaftswachstum.

Beide Konzepte sind seit langem etablierte Denkweisen, welche die komplexen Zusammenhänge in Bezug auf Hochschulen, Wissenschaft und Gesellschaft kognitiv zu ordnen erlauben. Beide stellen Ausgangspunkt wichtiger Studien und Reflexionen dar. Wenn beide jedoch diskursiv aufeinanderprallen, kreieren sie – wie im Fall der

aktuellen Hochschuldebatten – einen blinden Fleck: Die innere Organisation der Hochschulen spielt dann keine Rolle.

Ich behaupte, dass der ideologische Metastreit um diese beiden Konzepte von den eigentlichen Ursachen für die Misere an den Unis ablenkt. Freilich, es gibt immer noch genügend Involvierte, die diese Ursachen zu benennen in der Lage wären. Damit zur zweiten Frage: Warum haben diese Insider kein Interesse, den Schleier zu lüften?

The hidden agenda

Das Universitätsgesetz hat vorgeblich die Autonomie der Universitäten betrieben; faktisch hat es aber vor allem den Machtzuwachs einer Clique von Wissenschaftsmanagern (und wenigen -managerinnen) in den Rektoraten forciert. Diesen stellt es eine Reihe von Befugnissen »autonom« zur freien Entscheidung: Erstens, die freie Verfügung übers bereitgestellte Geld (»Globalbudget«); zweitens, die Gestaltung der Organisations- und Personalstruktur nach eigenem Gutdünken; drittens, die prioritäre Bewertung der an der Universität angesiedelten Wissenschaftspraktiken.

Als bloßer Text ist das Universitätsgesetz unschuldig; wie die Rektorate mit ihrer Entscheidungsbefugnis umgehen sollen, sagt es nicht. Tatsächlich könnte jeder Rektor an seiner Uni sofort Transparenz und Demokratie einführen. Kein einziger hat es freilich getan. Im Gegenteil: Es gibt keinen Einblick darüber, wie Geld innerhalb der Universitäten verwendet, verschoben, zugeteilt wird; UnimitarbeiterInnen werden (wenn überhaupt) nur im Nachhinein über die Entwicklung der Binnenstruktur informiert; Wissenschaftsdisziplinen werden ausschließlich nach ihrer Forschungsleistung (berechnet ungefähr so: Summe der Drittmittel mal citation impact) bewertet.

Erkennbar wird hier eine Agenda, in der zwar gewisse Momente von Humboldt und Bildungsökonomie aufgenommen sind, deren Ziel aber ein anderes ist: Die international ausgewiesene Forschungsuniversität. Über diese Agenda findet nicht nur keine öffentliche Diskussion statt; sie hat den Nimbus einer unhinterfragbaren Notwendigkeit erlangt. Wenn die Proteste diskursiv von einem beinahe geschlossenen ExpertInnen-Kreis begleitet werden, der die Parameter und Bedingungen der Debatte maßgeblich bestimmt, wenn Studierende und Lehrende nicht mehr in der Lage sind, die wirklichen Probleme am Hochschulregime zu adressieren – dann ist eben dieses Regime beunruhigend gut.

Dabei zeigen nicht nur die Studierendenproteste, dass die Umsetzung der »hidden agenda« große Probleme bereitet. Das Versagen der Effizienz der »autonomen« Universitätsstrukturen können wir auch aus den Ansprüchen ableiten, aufgrund derer diese Strukturen entwickelt wurden. Nirgendwo wird es deutlicher als im Absteigen der österreichischen Unis in den internationalen Rankings, die ja die von den Rektoren selbst gewählten Messlatten darstellen.

In gewisser Weise erinnert die Situation an die 1950er Jahre. Damals war die Hochschulpolitik fest in der Hand einer konservativen Ministerialbürokratie, die gemeinsam mit einer ebenso konservativen Clique an Hochschulprofessoren die Parameter des hochschulpolitischen Diskurses bestimmte und die damals bestehende Form der Hochschulorganisation außerhalb jeder Kritik stellte.

Hier hilft nur eine Prise Radikalität. Stellen wir in Frage, was für den laufenden Hochschulbetrieb selbstverständlich ist. Um mal anzufangen, plädiere ich für eine

Abschaffung des Wissenschaftsministeriums und eine völlige Budgethoheit des Nationalrats in allen Forschungs- und Hochschulangelegenheiten. Sind die Rektorate damit gezwungen, ihre Ziele offen zu deklarieren und die von ihnen vorgegebene Universitätsstruktur zu rechtfertigen, ist der Raum für eine offene Diskussion über die gesellschaftlichen Aufgaben der Hochschulen gegeben. Und bis dahin: Bloß kein Geld mehr für die Unis!

Literatur

- Ash, Mitchell G. (2006) Bachelor of What, Master of Whom? The Humboldt Myth and Historical Transformations of Higher Education in German-Speaking Europe and the US, in: *European Journal of Education* 41/2, 245-267.
- Koenig, Thomas (2009) Eclipse of Reason. Online unter <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1888>.
- Melchior, Josef (2004) The Entrepreneurial and Managerial Turn in Austrian Higher Education«, in: *European Political Science*, 2004/3, 13-22.

Anmerkung

- 1 Ich danke Martha Eckl, Eva Kreisky und Petra Völkerer für wichtige Kommentare.